

Region Basel



14. Juni 2026

Gemeinsam laut, sichtbar und solidarisch

Der feministische Streik vom 14. Juni 2026 hat in beiden Basel einmal mehr gezeigt, wie stark, vielfältig und entschlossen die feministische Bewegung ist. Ein nicht enden wollender Strom von Menschen nahm die Strassen ein, füllte die Plätze und machte unübersehbar klar: Unsere Forderungen sind aktuell – weil sie noch immer nicht erfüllt sind. Die Stimmung war friedlich, solidarisch und voller Kraft. Eine Stimmung, die Mut macht und zeigt, was möglich ist, wenn wir gemeinsam kämpfen.

Für die SP Frauen Basel-Stadt begann der Streiktag mit einem stärkenden Brunch unter dem Motto «Frau*lenzen». Rund 25 Personen, darunter viele neue Gesichter, kamen zusammen. Die Mobilisierung hat gewirkt: Neue Menschen finden den Weg in die Bewegung – und das ist dringend nötig.

Feministischer Auftakt im Baselbiet

Bereits am Freitag wurde mit einer FLINTA*-Party der JUSO Baselland in Liestal der Auftakt zum feministischen Streik im Baselbiet gefeiert. Die Rapperin KimBo begeisterte mit einem kraftvollen feministischen Auftritt, und beim Open Mic konnten die Gäst:innen ihre eigenen Beiträge und Performances präsentieren. Am Sonntag wurde das Stedtli mit Liegestühlen und Picknickdecken belebt.



Mika Kaufmann,
JUSO Baselland



Livia Kellerhals,
SP Frauen Basel-Stadt

Die Solimänner der JUSO und SP Baselland organisierten einen veganen Brunch, während FLINTA*-Personen Schilder und Armbänder für die Demonstration in Basel bastelten oder sich zur Abwechslung einfach einmal entspannen konnten. Das Motto war klar: An diesem Sonntag steht alles still! Wir sorgen uns um uns selbst und sind füreinander da, denn Solidarität heisst Widerstand.

Gemeinsam auf die Strasse

Gestärkt und voller Energie zogen die beiden Brunch-Gruppen von der Kaserne beziehungsweise aus Liestal zum Petersplatz, wo sich Kollektive, Organisationen und Einzelpersonen versammelten. In kämpferischen Reden wurde deutlich: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Die Forderungen des feministischen Streikkollektivs sind klar: Wir wollen das

Patriarchat abschaffen! Die SP Frauen Basel-Stadt und die SP Basel-Stadt engagierten sich in diesem Jahr mit finanzieller Unterstützung, der Mitorganisation des Rahmenprogramms sowie politischen Vorstössen aus der AG Gleichstellung.

Mit der Streikkraft in den Care Strike 2027

Doch der 14. Juni ist kein Schlusspunkt. Mit der Kraft dieses grossartigen Streiktags richten wir den Blick nun auf den Care Strike 2027 – grösser, breiter abgestützt und mit dem Ziel, dass sich diese Forderungen nicht Jahr für Jahr wiederholen müssen.

Der Care Strike 2027 wird gross – und dafür braucht es uns alle. Wenn FLINTA*-Personen streiken, sind solidarische cis-endo Männer gefragt, Care-Arbeit zu übernehmen und so ihren Beitrag zum feministischen Kampf zu leisten.

«Wir sind
noch lange
nicht am
Ziel.»

Pflegeinitiative

Basel-Stadt muss jetzt handeln

Mit der Annahme der Pflegeinitiative am 28. November 2021 hat die Schweizer Bevölkerung einen klaren Auftrag erteilt: Die Pflege muss gestärkt, die Rahmenbedingungen im Pflegeberuf nachhaltig verbessert werden. Über 61 Prozent der Stimmenden sagten Ja. Basel-Stadt setzte mit 66,6 Prozent sogar das deutlichste Zeichen aller Kantone. Dieses Resultat war mehr als ein Dankeschön für die ausserordentlichen Leistungen während der Pandemie.



Sarah Wyss,
Nationalrätin
SP Basel-Stadt

Die Pandemie, aber auch Tragödien wie die von Crans-Montana haben eindrücklich gezeigt, wie zentral Pflegefachpersonen für unsere Gesundheitsversorgung sind. Sie haben Menschen begleitet, Leben gerettet und unser Gesundheitswesen auch unter schwierigsten Bedingungen am Funktionieren gehalten. Gleichzeitig wurden die strukturellen Probleme sichtbar wie nie zuvor: Personal-mangel, hohe Arbeitsbelastung, kurzfristige Dienstplanänderungen und eine hohe Zahl an Berufsausstiegen.

Ausbildung allein reicht nicht

Die Umsetzung der Pflegeinitiative erfolgt in zwei Etappen. Die erste konzentrierte sich auf die Ausbildung. Das ist wichtig. Doch mehr Ausbildungsplätze allein werden den Fachkräftemangel nicht lösen. Schon heute verlassen viele Pflegefachpersonen ihren Beruf frühzeitig. Wer den Fachkräftemangel wirksam bekämpfen will, muss deshalb vor

allem dafür sorgen, dass Pflegende im Beruf bleiben können. Genau hier setzt die zweite Pflegeinitiative-Etappe an. Sie zielt auf bessere Arbeitsbedingungen und damit auf den dringend notwendigen Berufserhalt. Der Bundesrat hat dazu konkrete Mindeststandards in einem neuen Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege vorgeschlagen – etwa bei Arbeitszeiten, Dienstplanung, Pikettdiensten und kurzfristigen Einsätzen.

Bern blockiert den Volksauftrag

Im Nationalrat war die Beratung dieser Vorlage ein einziges Trauerspiel. Selbst die moderaten Vorschläge des Bundesrats wurden von der bürgerlichen Mehrheit weitgehend verworfen. Mit dem Argument, die Massnahmen seien nicht finanzierbar oder nicht Aufgabe des Staates, wurde ein zentraler Teil der Pflegeinitiative blockiert. Dabei haben wir erstens konkrete Finanzierungsvorschläge eingebracht. Zweitens würde uns die Nichtumsetzung langfristig deutlich teurer zu stehen kommen. Und drittens hat die Bevölkerung mit der Annahme der Initiative einen klaren Verfassungsauftrag erteilt.

Basel-Stadt kann und muss vorangehen

Für mich und die SP Basel-Stadt ist deshalb klar: Wenn Bern den Volksauftrag nicht kon-

sequent umsetzt, muss Basel-Stadt Verantwortung übernehmen. Unser Kanton verfügt über wirksame Instrumente, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Über die Spitalliste, Leistungsaufträge, Bewilligungen und die Finanzierung von Gesundheitsleistungen kann er klare Vorgaben machen. Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir im April einen Appell lanciert. Innert weniger Tage wurde dieser von über 1700 Personen unterzeichnet. Nun wollen wir das Anliegen mit einer Motion in den Grossen Rat tragen. Diese fordert die konsequente Umsetzung der zweiten Etappe der Pflegeinitiative auf kantonaler Ebene.

Vorgesehen sind verbindliche Mindeststandards für alle stationären und ambulanten Leistungserbringenden. Dazu gehören unter anderem eine maximale Wochenarbeitszeit von 45 Stunden, klare Regeln für Dienstplanung und Pikettdienste, der verbindliche Ausgleich von Überstunden sowie die vollständige Anrechnung der Umkleizeit als Arbeitszeit. Gleichzeitig soll der Kanton die Finanzierung der daraus entstehenden Mehrkosten sicherstellen.

Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

Denn gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen. Wer eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung will, muss auch bereit sein, in die Menschen zu investieren, die diese Versorgung Tag für Tag sicherstellen. Basel-Stadt hat bei der Pflegeinitiative schweizweit das stärkste Ja ausgesprochen. Dieser Vertrauensbeweis verpflichtet. Die Pflegeinitiative war kein symbolischer Entscheid. Sie war ein demokratischer Auftrag. Jetzt ist es an der Zeit, ihn umzusetzen.

SP Basel-Stadt lanciert Vorstosspaket gegen Armut

Armut ist auch in Basel-Stadt für viele Menschen Alltag. Steigende Lebenshaltungskosten, hohe Wohnkosten und gesundheitliche Belastungen treffen insbesondere Haushalte mit tiefen Einkommen. Mit einem Vorstosspaket setzen wir uns deshalb für gezielte Massnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung ein. Im Zentrum stehen namentlich bessere Datengrundlagen, ein erleichterter Zugang zur Gesundheitsversorgung und wirksamere Schuldenprävention.



Jessica Brandenburger, Grossrätin SP Basel-Stadt

Mit unseren Vorstössen wollen wir die Armutsbekämpfung in Basel-Stadt auf eine breitere und nachhaltigere Grundlage stellen. Ein zentrales Anliegen ist für uns die Einführung eines kantonalen Armutsmonitorings. Bislang fehlen umfassende und regelmässig erhobene Daten, um die Entwicklung in diesem Bereich systematisch zu erfassen und politische Massnahmen gezielt darauf auszurichten. Armut zeigt sich nicht nur im Bezug von Sozialhilfe. Sie äussert sich auch in der Abhängigkeit von prekären

Arbeitsverhältnissen, Bildungsungleichheiten oder erhöhten gesundheitlichen Belastungen. Mit einem Monitoring wollen wir Entwicklungen und Risikofaktoren sichtbar machen und eine fundierte Grundlage für eine wirksame Sozialpolitik schaffen.

Besserer Zugang zur Zahnmedizin

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Vorstosspakets betrifft die Gesundheitsversorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit knappen finanziellen Mitteln besseren Zugang zu zahnärztlichen Behandlungen erhalten. Obwohl an der Universitätszahnklinik Basel bereits vergünstigte Tarife für bestimmte Bevölkerungsgruppen angeboten werden, bleiben notwendige Behandlungen für viele Menschen kaum bezahlbar. Die Folge ist, dass Behandlungen aufgeschoben oder ganz vermieden werden. Dies verschlechtert nicht nur die Zahngesundheit, sondern führt

häufig auch zu höheren Folgekosten. Deshalb fordern wir eine Ausweitung der bestehenden Sozialtarife sowie eine bessere Information über vorhandene Unterstützungsangebote.

Betroffene stärker einbeziehen

Wir sind überzeugt, dass wirksame Armutsbekämpfung nur gelingt, wenn die Erfahrungen der Betroffenen selbst ernst genommen werden. Deshalb wollen wir prüfen lassen, wie Menschen mit Armutserfahrung stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden können. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, ob in Basel-Stadt ein Gremium geschaffen werden kann, das Betroffenen eine direkte Stimme in politischen Debatten verleiht. Gleichzeitig möchten wir bestehende Beteiligungsformen stärken und Organisationen unterstützen, die sich für armutsbetroffene Menschen engagieren.

Auswege aus der Schuldenspirale

Ein weiterer Vorstoss widmet sich der Verschuldung aufgrund unbezahlter Krankenkassenprämien. Viele Menschen geraten dadurch in eine Schuldenspirale, aus der sie nur schwer wieder herausfinden. Wer über Verlustscheine verfügt, kann häufig die Krankenkasse nicht wechseln und bleibt an teure Versicherungsmodelle gebunden.

Wir fordern deshalb, dass der Kanton die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten nutzt und entsprechende Verlustscheine übernimmt. Gleichzeitig sollen Betroffene gezielt an Beratungsstellen vermittelt werden. Damit wollen wir finanzielle Belastungen reduzieren und so den Menschen neue Perspektiven eröffnen.

Übergänge im Sozialsystem verbessern

Auch innerhalb des Sozialsystems sehen wir Handlungsbedarf. Wechsel zwischen verschiedenen Unterstützungsleistungen sind häufig mit administrativen Hürden verbunden. Wer von der Sozialhilfe ins Ergänzungsleistungssystem wechselt oder Anspruch auf Prämienverbilligungen und Mietbeiträge geltend macht, muss oft komplexe Verfahren durchlaufen. Solche Übergänge dürfen nicht dazu führen, dass Menschen zeitweise ohne ausreichende Unterstützung dastehen. Deshalb fordern wir eine bessere Koordination zwischen den zuständigen Stellen, einfachere Verfahren

► Fortsetzung auf Seite 12



Lohnmassnahmenpaket

Eine verpasste Chance

Die bürgerliche Mehrheit hat in der Mai-Session ihre abgeschwächte Version des Lohnmassnahmenpakets knapp durchgesetzt. Damit verliert der Kanton Basel-Stadt an Attraktivität als Arbeitgeber. Die Folgen werden nicht nur die Mitarbeitenden, sondern langfristig auch die Bevölkerung spüren.



Ismail Mahmoud,
Grossrat SP Basel-Stadt

Ausgangspunkt der Vorlage waren Forderungen nach besseren Löhnen bei der Kantonspolizei sowie höheren Schichtzulagen. Der Regierungsrat erkannte jedoch, dass angesichts des Fachkräftemangels und zahlreicher

► Fortsetzung von Seite 11

und eine engere Begleitung der Betroffenen während dieser Übergangphasen.

Breiter Ansatz gegen Armut

Mit unserem breit angelegten Vorstosspaket verfolgen wir einen umfassenden Ansatz in der Armutsbekämpfung. Wir verbinden strukturelle Forderungen wie ein Armutsmonitoring mit konkreten Massnahmen in den Bereichen Gesundheit, Schuldenprävention, soziale Sicherheit und politische Teilhabe.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen Armut frühzeitig erkennen, ihre Folgen wirksam bekämpfen und allen Menschen in Basel-Stadt die Möglichkeit geben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Eine soziale und solidarische Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit den Menschen umgeht, die besondere Unterstützung benötigen.

bevorstehender Pensionierungen umfassendere Massnahmen nötig sind. Deshalb legte er ein ausgewogenes Paket vor, das sowohl der Polizei als auch anderen Kantonsangestellten zugutekommen sollte. Geplant waren drei zentrale Massnahmen: eine Anhebung der Lohnkurve in den unteren Erfahrungsstufen, eine Erhöhung der Schichtzulagen um ein Drittel sowie gezielte Verbesserungen für die Polizei. Die Anpassung der Lohnkurve hätte die Einstiegsgehälter konkurrenzfähig gemacht. Gerade hier hat unser Kanton gegenüber anderen Kantonen und der Privatwirtschaft zunehmend Mühe, genügend qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen. Mit der Erhöhung der Schichtzulagen wäre zudem eine längst überfällige Anerkennung jener Berufsleute erfolgt, die regelmässig nachts, an Wochenenden und Feiertagen arbeiten. Davon hätten unter anderem Mitarbeitende bei der Polizei, der Feuerwehr, der Sanität und in Betreuungsberufen profitiert. Für die Polizei waren zusätzlich höhere Ausbildungslöhne, eine weitere Erfahrungsstufe sowie der Ausgleich für den Wegfall der Arbeitsmarktzulage vorgesehen. Diese Massnahmen sollten helfen, die Personalprobleme bei der Kantonspolizei zu entschärfen.

Ideologie statt nachhaltiger Lösungen

Die bürgerliche Mehrheit hat dieses ausgewogene Paket jedoch entscheidend verändert. Die Lohnkurve wird nun lediglich bis Erfahrungsstufe 4 angehoben. Damit bleiben die Einstiegsgehälter weiterhin wenig konkurrenzfähig. Auch die Polizei profitiert dadurch deutlich weniger als vorgesehen. Die

Schichtzulagen werden statt um ein Drittel nur um ein Viertel erhöht. Das ist zwar eine Verbesserung, bleibt aber hinter dem zurück, was nötig wäre, um Berufe mit Schichtarbeit langfristig attraktiver zu machen. Gleichzeitig wurden zusätzliche polizeispezifische Massnahmen beschlossen, darunter eine unklar formulierte Aussendienstzulage. Diese droht innerhalb des Korps neue Ungleichheiten zu schaffen, statt den Zusammenhalt zu stärken. Besonders problematisch ist zudem die Einführung einer Konkurrenzklausel im Personalgesetz. Diese schreibt vor, dass der Kanton seine Mitarbeitenden gegenüber der Privatwirtschaft nicht «systemisch besserstellen» darf. Damit wird dem Staat künstlich ein Instrument genommen, um auf den Arbeitskräftemangel zu reagieren und als attraktive Arbeitgeberin aufzutreten.

Kurzfristig gespart, langfristig verloren

Das ursprüngliche Lohnmassnahmenpaket war das Resultat sorgfältiger Arbeit. Es entstand unter Einbezug der Sozialpartner, stützte sich auf fundierte Lohnvergleiche und verband die Lösung der akuten Probleme bei der Polizei mit einer langfristigen Personalstrategie für den gesamten Kanton. Der nun beschlossene Kompromiss bringt zwar gewisse Verbesserungen. Ob diese ausreichen werden, um Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu halten, ist jedoch fraglich. Es fehlt die nötige Weitsicht. Dabei sind die finanziellen Unterschiede gering: Während das Paket des Regierungsrats einmalige Kosten von 24,5 Millionen Franken und jährliche Kosten von 20,6 Millionen verursacht hätte, kostet die bürgerliche Variante einmalig 22 Millionen und jährlich 17,7 Millionen Franken. Die Ersparnis ist also klein. Der Schaden für die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber und für die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen könnte dagegen gross sein.

Jahrelanges SP-Engagement zahlt sich aus

Kinderbetreuung wird deutlich günstiger

Einstimmig beschliesst der Landrat nicht allzu oft. Anfang Juni jedoch hat er eine sozialpolitische Revolution ohne Gegenstimme verabschiedet: die «Totalrevision des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung» – den Gegenvorschlag zur Kinderbetreuungsinitiative der SP Baselland.

Tania Cucè, Adil Koller und Roman Brunner

Die Vorlage bringt eine substanzielle Entlastung für Baselbieter Familien. Neu beteiligt sich der Kanton mit einem Sockelbeitrag von 25 Prozent an den Kosten der Kinderbetreuung. Ergänzt wird dieses System durch einkommensabhängige Beiträge der Gemeinden. Besonders Familien mit tiefen Einkommen profitieren stark: Für sie können künftig bis zu 95 Prozent der Betreuungskosten übernommen werden. Auch für den Mittelstand sinken die Kosten deutlich.

Neben der finanziellen Entlastung verbessert die Reform auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein besserer Zugang zu Kinderbetreuung ermöglicht insbesondere Frauen eine höhere Erwerbsbeteiligung und wirkt sich damit langfristig positiv auf Löhne und Renten aus. Die Vorlage ist

damit auch ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung.

Vom Mitgliederentscheid zum einstimmigen Landratsbeschluss

Was wir heute als politischen Durchbruch feiern können, hat eine längere Vorgeschichte. 2020 haben sich die SP-Mitglieder in einem Voting für die Kinderbetreuungs-Initiative als nächstes Parteiprojekt ausgesprochen. Im Mai 2021 folgte die nächste Etappe: Innerhalb eines einzigen Tages konnten über 3000 Unterschriften gesammelt werden. Das hat nicht nur die Initiative überhaupt erst möglich gemacht, sondern auch gezeigt, wie wichtig das Anliegen der Bevölkerung ist.

Darauf folgte die intensive Arbeit im Parlament. Gegen den Willen des Regierungsrats

gelang es der SP, eine Mehrheit von der Notwendigkeit eines Gegenvorschlags zu überzeugen. In der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission wurde die Vorlage anschliessend intensiv und teilweise hart verhandelt. Die SP-Mitglieder in der Kommission spielten dabei eine zentrale Rolle und konnten einen tragfähigen Kompromiss erarbeiten.

Bis zuletzt gab es im Landrat Versuche, zentrale Elemente abzuschwächen. Diese Angriffe konnten jedoch abgewehrt werden. Die von der SP gezeichnete Mehrheit erwies sich als stabil. Am Ende stand die einstimmige Verabschiedung der Vorlage im Landrat. Dieser Beschluss ermöglicht eine Umsetzung des Gegenvorschlags ohne Volksabstimmung. Damit es nun möglichst rasch vorwärtsgeht, hat das Initiativkomitee entschieden, die Initiative zurückzuziehen.

Auch wenn nicht alle Forderungen der Initiative erfüllt sind, ist dieser Entscheid ein Meilenstein. Das Baselbiet verlässt damit die letzten Ränge, was die Bezahlbarkeit der Kinderbetreuung angeht. Die SP Baselland wird sich auch in Zukunft für die Kaufkraft der breiten Bevölkerung sowie für die Gleichstellung einsetzen.



Die SP-Landratsfraktion vor dem Regierungsgebäude, kurz nach dem einstimmigen Beschluss für bezahlbarere Kinderbetreuung.

Yasmine Perrinjoquet

Für ein soziales Baselbiet

Die Menschen im Baselbiet spüren es jeden Tag: Das Leben wird teurer. Die Krankenkassenprämien steigen, Kitaplätze sind kaum bezahlbar, es fehlt an erschwinglichen Wohnungen. Sozialleistungen werden gestrichen, und beim Klimaschutz geht es nicht vorwärts. Gleichzeitig wächst die Vermögensungleichheit in unserem Kanton unaufhaltsam.

Pedro Schön und Yasmine Perrinjaquet,
Sekretariat SP Baselland

Die SP Baselland stellt diesen Entwicklungen eine klare Alternative entgegen. An der Delegiertenversammlung vom 20. Juni haben die Delegierten die Wahlplattform für die kantonalen Wahlen 2027 verabschiedet. Sie zeigt auf, wie ein sozialeres und ökologisches Baselbiet möglich ist. Mit konkreten Lösungen für die Herausforderungen des Alltags und einer Politik, die die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung ins Zentrum stellt.

Die Verabschiedung der Wahlplattform war das Ergebnis eines breit abgestützten demokratischen Prozesses. Sie wurde vom Wahlkampf Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und der Landratsfraktion erarbeitet. An der DV diskutierten die Delegierten bei sommerlichen Temperaturen von 35 Grad engagiert über die rund

70 Anträge aus der Basis. Viele fanden Eingang in die endgültige Fassung. Das Resultat ist eine Plattform, die die vielfältigen Erfahrungen und die breite inhaltliche Kompetenz der SP Baselland widerspiegelt.

Für ein Baselbiet, in dem Löhne und Renten zum Leben reichen

Mit ihrer Wahlplattform macht die SP Baselland deutlich: Die aktuellen Probleme sind nicht naturgegeben. Es gibt Lösungen, die den Alltag der Menschen verbessern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die SP ergreift Partei für ein Baselbiet, in dem Löhne und Renten zum Leben reichen, in dem niemand vergessen geht und in dem die Politik wieder für die Mehrheit der Bevölkerung gemacht wird. Für ein soziales Baselbiet!



Wahlplattform
2027



Miriam Locher an ihrer letzten Landratssitzung im April. Seither wirkt sie für die SP als Nationalrätin.

6 Fragen an Neonationalrätin Miriam Locher

Die zweite Woche deiner ersten Session hat begonnen. Wie geht es dir?

Es geht mir gut. Ich freue mich darüber, mich im Nationalrat für unsere sozialdemokratischen Anliegen einsetzen zu können. Vom Alltag bin ich aber noch etwas entfernt. Nach eineinhalb Sessions und wenigen Kommissionssitzungen wäre es vermessen zu behaupten, ich wüsste schon, wie alles läuft. Aber dass meine Arbeit bereits wahrgenommen wird, dass mein erstes Votum in der Tagesschau aufgegriffen wurde und das Thema des Medfluencings und der Chancengerechtigkeit den Weg in die Medien fand, das motiviert für die weiteren Aufgaben.

Was hat dich in deinen ersten Tagen im Bundeshaus am meisten überrascht?

Die Lautstärke und die riesige Abwesenheit während der Debatten im Saal. Der Stellenwert der Kommissionen ist höher, als das im Kanton der Fall war. Dementsprechend sind die meisten Parlamentarier:innen nicht an ihren Plätzen, sondern arbeiten irgendwo sonst im Bundeshaus. Für Abstimmungen füllt sich der Saal dann jeweils schlagartig.

Was nimmst du aus deinen bisherigen politischen Stationen mit nach Bern?

Vor allem drei Dinge: die Bedeutung des Zuhörens und des Aufnehmens von Anliegen aus der Bevölkerung, die Wichtigkeit starker Netzwerke und des stetigen Austausches sowie das Bewusstsein, dass es um das Amt, die Institution und gemeinsame Ziele geht – und nicht um die eigene Person.

Für welche Themen willst du in Bern besonders kämpfen?

Als Mitglied der Kommission für Rechtsfragen befasse ich mich mit Themen, die alle Lebensbereiche betreffen. Deshalb ist die Chancengerechtigkeit in allen Dimensionen und das Wohl aller Menschen in unseren Gemeinden, unserem Kanton und unserem Land weiter mein grosses Anliegen.

Mit deinem Eintritt steigt der Frauenanteil der Baselbieter Delegation auf einen Höchststand. Welche Bedeutung hat das für dich?

Das freut mich sehr. Dennoch liegt der Frauenanteil in der Bundesversammlung erst bei

knapp 40 Prozent. Auch junge Menschen sind untervertreten. Mein politisches Engagement baut auf dem Einsatz vieler Frauen vor mir auf. Ich hoffe, damit auch kommende Generationen für Politik begeistern zu können – und dass bei den kommenden Wahlen ein noch grösserer Ausgleich geschaffen werden kann.

Und zum Schluss: Gibt es einen Moment aus deinen ersten Tagen als Nationalrätin, den du nie vergessen wirst?

Die Debatte zur Opferhilfe hat mich sehr beschäftigt. SVP-Aussagen, die Frauenhausplätze mit einem Luxushotel vergleichen oder den Wert von Menschen einzig an ihrer Leistung messen – und deshalb unsere Entschädigung im Nationalrat als wichtiger Erachten als den Schutz gewaltbetroffener Frauen –, widersprechen meinem grundsätzlichen Verständnis von Solidarität und Anstand. Die Gleichstellung, die Stärkung der Kaufkraft und der Klimaschutz sind dauerhaft Thema und zeigen exemplarisch, weshalb eine starke SP in Bundesbern wichtig ist.

Aus dem Landrat

Hitzeschutz an den Schulen

Bis zum Jahr 2050 wird eine Verdoppelung der Anzahl Hitzetage, also Tage mit einer Höchsttemperatur von über 30 °C, in unserem Kanton erwartet. Das ist eine Tatsache, die von uns allen Anpassungen verlangt. Von diesen Hitzetagen sind auch unsere Schulen betroffen. Messungen des Lehrerinnen- und Lehrervereins aus dem Jahr 2023 haben ergeben, dass an einigen Schulen im Kanton während des Unterrichts im Sommer Temperaturen von über 35 Grad herrschen. Ein Umstand, der für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen gesundheitsgefährdend ist.

Zum Lernen in den Keller

Hinzu kommt, dass ein Unterrichten bei über 30 Grad Celsius in den Schulzimmern praktisch nicht möglich ist. Dadurch geht wertvolle Lernzeit verloren. Die bisherigen Empfehlungen der Bildungsdirektion, viel



Jan Kirchmayr,
Vizefraktionspräsident

Wasser zu trinken und im Keller oder im Wald zu unterrichten, wirken etwas hilflos.

Aktive Kühlung bei Neubauten

Nach langen Arbeiten und intensivem Lobbying im Landrat konnte erreicht werden, dass sich das Parlament mit der Problematik befasst. Der Landrat hat verschiedene Vorstösse der SP-Fraktion, die dringende Massnahmen für den Hitzeschutz an den Schulen fordern, überwiesen. Auch die Verwaltung hat reagiert: Der Neubau der Sekundarschule Allschwil erhält eine aktive Kühlung, und auch in Muttenz und Pratteln werden in den Sekundarschul-Neubauten Kühlungssysteme und Lüftungen installiert.

Dank SP: Besserungen in Sicht auch bei Bestandesbauten

Das Problem bleiben jedoch die Bestandsbauten. Hier staut sich die

Hitze, und die Betroffenen leiden weiterhin. Dank Vorstössen der SP-Fraktion kommt nun auch hier Bewegung in die Sache: Der Kanton muss kurzfristige Massnahmen zum Hitzeschutz an den kantonalen Schulen treffen und endlich ein Hitzemonitoring einrichten. Eine deutliche Mehrheit des Landrats hat diese Vorstösse gegen den Willen der Regierung überwiesen. Das Problem bei den Primarschulhausbauten, die sich im Besitz der Gemeinden befinden, bleibt weiterhin ungelöst. Hier sträubt sich der Kanton, Vorgaben zu machen. Wir bleiben jedoch dran.

Aus dem Grossen Rat

Wem gehört der öffentliche Raum?

Mit zehn zieht sie sich vom Pausenhof zurück, weil die Fläche den Jungs gehört. Mit fünfzehn geht sie den Heimweg schneller, den Schlüssel in der Faust, vorbei an der dunklen Unterführung. Als junge Mutter sucht sie vergeblich einen Ort zum Wickeln. Und als Seniorin findet sie keine Bank zum Ausruhen, abends meidet sie den Park, wie damals mit fünfzehn.

Ich kenne diese Wege, und die meisten Frauen kennen sie auch. Gebaut wurde die Stadt nicht für uns. Das ist kein Zufall: Jahrhundertlang bestimmten Männer, wie Städte auszusehen haben, und bauten sie für sich. Vieles bleibt unausgesprochen, gerade die geschlechtsspezifische Gewalt, die so viele erleben. Darum



Helena Meyer, Grossrätin
und Präsidentin SP Frauen
Basel-Stadt

reichen wir zum 14. Juni ein Bündel feministischer Vorstösse ein.

Für eine Stadt, die an alle denkt

Amina Trevisans Motion «Caring City Basel» setzt früh an: Schon bei der Planung neuer Quartiere sollen Pflege, Betreuung und soziale Infrastruktur mitgedacht werden, nicht erst, wenn alles gebaut ist.

Zaira Esposito fragt nach der Care-Infrastruktur im öffentlichen Raum. Wo sind die Still-, Wickel- und Ruheräume für Eltern und Betreuende? Zu oft: nirgends.

Claudio Miozzari nimmt sich die Parks und Plätze vor. Heute sind die offenen Sport- und Freiflächen meist in Männerhand; mit gendergerechter Planung nach Wiener Vorbild sollen

auch Mädchen und junge Frauen Räume bekommen, die ihnen gehören.

Barbara Heer will ein Mahnmal für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt. Es macht sichtbar, was zu oft verschwiegen wird, und setzt ein Zeichen der Anerkennung. Und ich frage mit einer Schriftlichen Anfrage nach der neuen «Hotspotanalyse» der Verwaltung. Sie soll unsichere Orte erkennen und mitbestimmen, wo der Kanton heller beleuchtet. Ist das Instrument schon im Einsatz, was zeigt es, und worauf beruht es?

Diese fünf Vorstösse haben ein gemeinsames Ziel: eine Stadt, die an alle denkt. Denn der öffentliche Raum gehört uns allen. Dafür setzen wir uns ein, am 14. Juni und darüber hinaus.